Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/11654
(zu Drucksache 18/11546)
23.03.2017

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht
– Drucksache 18/11546 –

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung äußert sich zur Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass sie durch den Entwurf eines Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht den Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 9. Februar 2017 (dort Nummer 1) punktgenau umsetzt.

Die darüber hinaus gehenden Änderungsvorschläge werden im weiteren parlamentarischen Verfahren geprüft.

Aus den in der Gesetzesbegründung genannten Gründen ist eine zügige Gesetzgebung im Sinne des von der Bundesregierung vorgeschlagenen Gesetzentwurfs erforderlich.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.